



Geld regiert die Welt, wie der Volksmund weiß. Nur: Wer regiert eigentlich das Geld? Und wie? Wie kommt es, dass fast alle Parteien inzwischen für dieselbe vermeintlich alternativlose Politik des Sozialabbaus und der Verelendung stehen? Wer zieht wie die Strippen im Hintergrund? Und wie kann die „[marktkonforme Demokratie](#)“ à la Merkel, in der wir leben, wieder zu einer Gesellschaft werden, die den Menschen dient? Zu diesen Fragen sprach **Jens Wernicke** mit dem Autor und Publizisten **Paul Schreyer**, dessen aktuelles Buch dem Thema „Banken, Demokratie und Täuschung“ nachspürt.

Herr Schreyer, gerade erschien Ihr Buch „[Wer regiert das Geld?](#)“. Warum dieses Buch zu eben dieser Zeit? Haben Sie sich auf die Suche nach einer Schattenregierung aus bösen Finsterlingen hinter dem, was sich uns als Demokratie darbietet, gemacht?

Anhänger einer großen Weltverschwörung bin ich nicht. Mich hat einfach interessiert, wie das Geldsystem funktioniert, wer in diesem System Verantwortung trägt und Macht ausübt. Ich finde es dumm, jede kritische Beschäftigung mit diesem Thema automatisch unter „[Verschwörungstheorie](#)“-Verdacht zu stellen.

Es geht also um ... die Macht der finanziellen Eliten?

Die spannende Frage lautet, wo genau im System diese Macht eigentlich verankert ist und wie das Geldsystem konkret funktioniert.

Sie verwenden immer wieder den Begriff „Geldsystem“. Was meinen Sie damit genau?

Es geht um die Prinzipien und Regeln, nach denen Geld heute zuerst geschaffen und danach verteilt wird. Das Geld ist ja nicht einfach da. Jemand erzeugt es zunächst. Das fällt oft unter den Tisch. In der Regel wird in der Öffentlichkeit nur darüber diskutiert, wie Banken, Konzerne oder einzelne Reiche das bereits zirkulierende Geld bei sich anhäufen – und ob das in diesem Ausmaß akzeptabel sei. Man sollte aber noch eine Ebene höher gehen: Wer schöpft überhaupt neues Geld? Und mit welcher Legitimation geschieht das?

Und, wie lautet die Antwort?

Fragt man Menschen auf der Straße, dann denken die meisten, dass das Geld von der Zentralbank oder der Regierung geschaffen wird. Dazu gibt es Umfragen in verschiedenen

Ländern - in [Deutschland](#), der [Schweiz](#), [Großbritannien](#). Überall glaubt die große Mehrheit der Leute, ja, glauben teilweise sogar die [Parlamentsabgeordneten](#), dass eine öffentliche Stelle das Geld erzeugen würde. Aber das ist falsch. Nur das Bargeld wird heute noch von Zentralbanken oder der Regierung erzeugt. Und Bargeld macht inzwischen weniger als 20 Prozent des umlaufenden Geldes aus. Das meiste Geld ist heute Giralgeld, also die Beträge auf unseren Girokonten, mit denen wir bezahlen - zum Beispiel via Lastschrift oder EC-Karte. Dieses Geld aber schaffen die privaten Banken.

Das müssen Sie erklären.

Das tue ich im Detail in meinem Buch - und nebenbei gesagt: Es ist längst überfällig, dass dieses Wissen ganz normal an den Schulen und Universitäten gelehrt wird. Erst langsam werden einige Lehrbücher [aktualisiert](#).

Worum es geht: Neues Geld entsteht immer dann, wenn eine Bank einen Kredit vergibt. Verleiht sie tausend Euro, dann entstehen tausend Euro neu. Entgegen der landläufigen Überzeugung werden keine Spareinlagen anderer Bankkunden verliehen. Das ist ein Mythos, der sich hartnäckig hält. In Wahrheit wird kein anderes Konto verringert, wenn ein Kreditnehmer Geld von einer Bank bekommt. Diese Geldschöpfung der privaten Banken macht einen großen Teil ihrer gesellschaftlichen Macht aus.

Inwiefern?

Es ist eigentlich simpel. Alle Entscheidungsgewalt und Souveränität einer Gesellschaft läuft am Ende auf zwei schlichte Fragen hinaus: Wer darf das Geld erschaffen? Und wer entscheidet dann über seine Verwendung? Der Clou daran: Heute erzeugen *und* verteilen Goldman Sachs, Barclays, Deutsche Bank und Co. fast alles Geld.

Daher rührt die Macht dieser Banken, und zwar nicht nur gegenüber Privatleuten und Firmen, die auf Kredite angewiesen sind, sondern auch gegenüber Regierungen. So gut wie alle Staaten sind heute permanent bei diesen Banken verschuldet. Die absolute Souveränität liegt immer beim Geldschöpfer. Historisch gesehen war die Geldschöpfung stets das Vorrecht der eigentlichen Herrscher und Könige.

Sie verorten in diesem Prozess also einen der Gründe, warum die Zustände in diesem und in anderen Ländern immer mehr an Diktatur denn an Demokratie erinnern?

In meinem Buch beschreibe ich die Entwicklung in dieser Frage. Ich schildere zum Beispiel

sehr detailliert den Kampf um die Geldmacht und das Geldsystem in Amerika von 1700, also noch vor Gründung der USA, bis 1900, sowie in Deutschland von 1800 bis ins 20. Jahrhundert hinein. Sowohl in den USA wie auch in Deutschland wurden nahezu unablässig politische Kämpfe um die Macht über die Geldschöpfung ausgefochten. Es ging immer darum, was staatlich bzw. öffentlich kontrolliert sein soll und was privat. Heute ist das fast vergessen, weil wir in unserem Geschichtsbild so sehr auf die Zeit ab 1945 fixiert sind und vieles durch die Brille „Kommunismus oder Kapitalismus“ sehen. Die Kämpfe um die Macht über das Geld sind aber viel älter - und zugleich hochaktuell.

Sie haben meine Frage nicht beantwortet.

Ganz kurz gesagt: Man kann nicht über Demokratie reden und dabei über das System der Herstellung von Geld in einer Gesellschaft schweigen - das gilt heute wie vor hundert Jahren. Wirklich souverän sind immer nur diejenigen, die den ersten Zugriff auf neues Geld haben und dieses dann verleihen.

Der deutsche Staat ist im Wesentlichen bei den sogenannten „systemrelevanten“ internationalen Großbanken verschuldet - also etwa bei der Deutschen Bank, Barclays, BNP Paribas oder Goldman Sachs, wie man auf der Seite der Deutschen Finanzagentur [nachlesen](#) kann, einer Behörde, die dem Bundesfinanzministerium untersteht. Eine solche Verschuldung der Allgemeinheit bei einer kleinen Gruppe von sehr reichen Menschen macht echte demokratische Entscheidungen im Kern unmöglich. Alles steht dann unter dem Vorbehalt des Willens und der Wünsche dieser Geldverleiher. Darüber wird aber nicht gesprochen - und die konkreten Verleiher, die hinter den Banken stehen, sind heute namentlich auch nicht öffentlich bekannt.

Diese Situation besteht übrigens schon länger, als vielen bewusst ist. Seit mehr als 150 Jahren sind der deutsche Staat bzw. damals noch Preußen permanent bei einem Konsortium von Großbanken verschuldet. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dazu das sogenannte „[Preußen-Konsortium](#)“ gegründet, ein Kreis von Großbanken, bei denen sich der Staat kontinuierlich verschuldete. Heute nennt sich das entsprechende Bankenconsortium „[Bietergruppe Bundesemissionen](#)“ - das Prinzip aber ist das Gleiche geblieben.

Wie sehen Sie denn die Situation heute? Befinden wir uns Ihrer Ansicht nach auf dem Weg in eine Postdemokratie?

Der Begriff Postdemokratie unterstellt, dass es schon einmal eine Demokratie gab. Eben das aber steht in Frage, wenn man die beschriebenen Verschuldungs- und damit Machtverhältnisse betrachtet. In diesem Sinne haben wir keine Postdemokratie, sondern

eher eine Prä-Demokratie – also eine, die noch keine ist und die bislang auch erst in Ansätzen eine solche war. Die Tendenz zeigt zurzeit auf jeden Fall nicht in eine positive Richtung.

Reden wir also über Klassenkampf? Und wenn ja: Wer kämpft da gegen wen? Sind es die Armen und Arbeitenden gegen „die Millionäre“? Oder sprechen wir davon, dass sich, wie etwa der Publizist Werner Rügemer [konstatiert](#), inzwischen eine „internationale Kapitalistenklasse“ herausgebildet hat, die institutionalisiert entrechtet, umverteilt, Kriege forciert etc., kurzum also: einen immer größer werdenden Teil der Menschheit ausbeutet, entrechtet, unterdrückt?

Der Begriff Klassenkampf klingt für viele sicher veraltet und erinnert ja auch an die ideologischen Schlachten der Vergangenheit. Allerdings verwendet heute sogar mancher Chefkapitalist das Wort wieder. Der berühmte Investor und Multimilliardär Warren Buffet etwa [meinte](#) 2004 in einem persönlichen Gruß an seine Aktionäre: „If class warfare is being waged in America, my class is clearly winning.“ Also übersetzt: „Wenn es einen Klassenkampf in Amerika gibt, dann ist meine Klasse eindeutig dabei, ihn zu gewinnen.“

Zu dieser Klasse gehören neben den Eigentümern und Managern der Großbanken auch die global tätigen Investmentfonds, die zwar selbst kein Geld schöpfen können wie die Banken, die aber ebenso über Verteilungsmacht beim Investieren von fremden Vermögen verfügen. Um diese Geldschöpfungs- und Geldsammelstellen gruppieren sich international arbeitende Dienstleister, wie Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberatungen. Gemeinsam bilden all diese Finanzkonzerne de facto eine transnationale Interessengruppe, die man ebenso gut als „Klasse“ bezeichnen kann.

Und dieser in absoluten Zahlen sehr kleinen Gruppe von Menschen steht nun im Grunde die gesamte übrige Menschheit gegenüber: Eine winzige Gruppe hat ein System perfektioniert, dass 99,99 Prozent der Leute mehr oder weniger für sich arbeiten lässt. Mit freier Marktwirtschaft hat das wenig zu tun – die meisten Unternehmer werden ja von diesem Finanzklüngel ganz ähnlich manipuliert und ausgenommen wie der „Normalbürger“.

Und wie haben sich die Mechanismen und Methoden dieses Klassenkampfes im Zeitverlauf verändert? Was ist heute anders als vor 150 Jahren?

Damals waren die Banken oft familiengeführt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts aber haben sich an deren Stelle anonyme Aktiengesellschaften durchgesetzt. Das ist noch eine höhere Abstraktionsebene im System. Das Personal von Aktiengesellschaften ist beliebig austauschbar. Ein Begriff wie „Verantwortlichkeit“ droht in einem solchen anonymen,

übernationalen System unmerklich zu verschwinden. Sogar die meisten der aktiv beteiligten Banker und Berater haben irgendwann den Eindruck, selbst nur noch austauschbare Rädchen zu sein, die scheinbar unveränderlichen „Naturgesetzen“ folgen. Die Finanzelite läuft quasi auf „Autopilot“.

Film: Master of the Universe

Vor 150 Jahren waren die führenden Bankiers in dem Konsortium, das dem Staat permanent Geld lieh, Persönlichkeiten wie Gerson Bleichröder, ein enger Freund und Berater Bismarcks, sowie Adolph Hansemann, der Chef der Disconto-Gesellschaft, damals der größten Bank Preußens. Beide gehörten zu der Zeit zu den Reichsten des Landes. Ihr Einfluss war im Zweifel größer als der von Abgeordneten oder Ministern. Aber ihre Namen waren eben auch öffentlich bekannt. Heute nun wissen wir nicht einmal mehr, wer die fast 30 Milliarden Euro Zinsen, die der deutsche Staat jährlich an seine Gläubiger zahlt, eigentlich genau bekommt. Auf meine Nachfrage konnte mir das Bundesfinanzministerium jedenfalls keine Auskunft dazu geben. Das System ist auch in dieser Hinsicht offenbar absichtlich intransparent.

Und auch in Bezug auf die scheinbar feste und „gute“ internationale Ordnung mit den öffentlichen Zentralbanken an der Spitze trägt der Schein. Denn die Zentralbanken sind nicht neutral. Sie handeln meist als Interessenvertreter des privaten Bankensektors. Dazu kommt der bereits beschriebene Irrglaube, dass Zentralbanken im Sinne der Öffentlichkeit kontrolliert alles Geld schöpfen würden. Wir leben in diesem Punkt gedanklich in einer Scheinwelt und müssen, bevor wir irgendetwas analysieren können, erst einmal begreifen, was wirklich passiert.

Das betrifft gerade auch die sogenannten Fachleute. Denn die erwähnte Geldschöpfung der privaten Banken wurde über viele Jahrzehnte in der Wissenschaft sogar gelehrt. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Wirtschaftswissenschaften in dem Punkt schon mal weiter. Vergessenes und verdrängtes Wissen muss heute erst wieder mühsam an die Oberfläche gebracht werden. Der in Großbritannien lehrende deutsche Ökonom Richard Werner hat hier in jüngster Zeit maßgebliche Forschungsarbeit geleistet. Er [spricht](#) in diesem Zusammenhang von einem „verlorenen Jahrhundert“ für die Wirtschaftswissenschaften. Die Ökonomen haben in den letzten hundert Jahren, und insbesondere seit 1945, mehr

verschleiert als erklärt.

Die These lautet also, dass unsere Regierungen von den Eliten erpresst werden, respektive auf diese angewiesen weil bei ihnen verschuldet sind? Läuft es darauf hinaus? Also auf das gute, alte Tucholsky-Wort: *“Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten”*?

Durch Wahlen würde sich allenfalls dann etwas grundsätzlich ändern, wenn eine Partei sich entschlösse, die Frage der Schöpfung von Giralgeld gesetzlich neu regeln zu wollen - und wenn eine solche Partei dann durch die Wähler in Regierungsverantwortung gebracht würde. Das wird nicht morgen und wohl auch nicht im nächsten Jahr passieren. Es gibt aber Beispiele für Versuche in der Vergangenheit. Ich erwähne in meinem Buch die heute so gut wie vergessenen amerikanischen sozialdemokratischen Parteien „Greenback Party“ und „People´s Party“, die Ende des 19. Jahrhunderts auch das Geldsystem demokratisieren wollten und die bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den USA teilweise mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen bekamen. Der ihnen nahestehende Präsidentschaftskandidat der Demokraten William Jennings Bryan sagte im Wahlkampf von 1896 in einer berühmten [Rede](#):

„Wir glauben, dass das Recht, Münzen zu prägen und Geld zu erzeugen, bei der Regierung liegt. Es ist Teil der Souveränität und sollte ebenso wenig an Privatleute delegiert werden, wie die Macht über das Strafrecht oder die Steuergesetze. (...) Unsere Gegner sagen, dass die Ausgabe von Papiergeld den Banken zusteht, und sich die Regierung aus Bankgeschäften heraushalten sollte. Ich bin anderer Meinung, und sage, so wie Jefferson es tat, dass die Erzeugung von Geld der Regierung zusteht, und die Banken sich aus Regierungsgeschäften heraushalten sollten.“

Bryan verlor damals nur knapp mit landesweit 47 Prozent der Stimmen das Rennen um die Präsidentschaft.

In Kapitel 3 Ihres Buches beschreiben Sie, dass Banken einen großen Teil ihrer Käufe geschenkt bekämen. Wie darf man sich das genau vorstellen?

Das ist vergleichsweise wenig bekannt. Banken schöpfen Geld nicht nur bei der Kreditvergabe, sondern auch immer dann, wenn sie etwas kaufen. Die Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben, sind sehr weitreichend und dieser Punkt sollte daher dringend

öffentlich diskutiert werden. Bis jetzt wird dazu von den meisten Experten geschwiegen. Geldschöpfung bei Kreditvergabe, darüber redet man schon hier und da - aber Geldschöpfung bei Käufen, die Banken tätigen, das ist noch eher Tabu in der Debatte oder eben schlicht unbekannt.

Im Buch erkläre ich, wie das vom Prinzip her funktioniert und welche Rolle dabei bestimmte internationale Bilanzregeln sowie die großen Wirtschaftsprüfungskonzerne wie etwa KPMG, welche die Jahresabschlüsse von Deutscher Bank und Co. ja absegnen, spielen. Schon in den Bilanzregeln werden Bargeld und Giralgeld teilweise begrifflich vermischt. Das dient letztlich auch der Verschleierung von Bankenprofiten, die aus Käufen mit selbst geschöpftem Geld entstehen. Dieser Komplex ist eigentlich ein Riesenthema, das sich aber noch vollkommen unter dem Radar der Öffentlichkeit bewegt.

Und wenn wir nun, jene Klasse also, die den Klassenkrieg gerade verliert, etwas gegen die aktuellen Entwicklungen tun wollen, dann ... ja, dann hülfe was genau? Dass wir zuerst einmal die Wirtschaftswissenschaften von all ihren unsere Geister vernebelnden Mythen befreien? Und dann...?

Ein wichtiger Punkt ist auf jeden Fall, wie bereits erwähnt, die Übertragung der Geldschöpfung in öffentliche Hand. Es gibt ein paar Dinge in der Gesellschaft, wo breiter Konsens darüber besteht, dass sie nicht privat sein sollten. Dazu gehören zum Beispiel die Justiz oder die Polizei. Die Schaffung von Geld gehört ebenfalls nicht in private Hand. Private Banken sind das eine, aber sie sollen kein Geld drucken und auch kein Giralgeld erzeugen dürfen.

In der Schweiz wurden übrigens genau für diese Forderung im vergangenen Jahr erfolgreich [100.000 Unterschriften gesammelt](#). Deshalb gibt es dort demnächst eine Volksabstimmung zu genau dieser Frage.

Und auch in [vielen anderen Ländern](#) sind ähnliche Initiativen entstanden. Etwa [in Großbritannien](#), aber auch [in Deutschland](#). Sie alle haben im Moment vor allem damit zu tun, zunächst einmal aufzuklären über die Wirklichkeit des Geldsystems. Es ist im Grunde ein riesiges internationales Bildungsprogramm zu leisten.

Noch ein letztes Wort?

Der Kampf um das Geldsystem währt schon Jahrhunderte. Gebraucht wird also ein langer Atem. Dennoch sollte man sich nicht entmutigen lassen. Souveränität muss immer wieder neu erkämpft werden.

Wenn in [Artikel 20](#) unseres Grundgesetzes steht, dass „alle Staatsgewalt vom Volke“ ausgehe, so wird damit offenkundig eher ein Ziel als die Realität beschrieben. Es ist aber ein Ziel, für das es zu kämpfen lohnt.

Ich bedanke mich für das Gespräch.

***Paul Schreyer** ist freier Journalist, unter anderem für das Magazin Telepolis. Zu seinem 2013 erschienenen Buch „Faktencheck 9/11“ meinte Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht: „Gehört zum Besten, was man an kritischen Analysen zu diesem Thema auf dem deutschen Buchmarkt finden kann“. Sein letztes Buch „Wir sind die Guten - Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ (mit Mathias Bröckers) wurde ein Spiegel-Bestseller.*

Weiterlesen:

- Blog zum Buch: „[Geldschöpfer.info - Lesetipps und Links](#)“
-

Weitere Veröffentlichungen von **Jens Wernicke** finden Sie auf seiner Homepage [jenswernicke.de](#). Dort können Sie auch [eine automatische E-Mail-Benachrichtigung](#) über neue Texte bestellen.

